

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2182/2014**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 13.05.2014

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Christian Oechler, Piraten-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

**Teilnahme beim "Open Data"-Portal des Bundes und Bereitstellung von offenen Daten
- Antrag der Piraten-Fraktion vom 13.05.2014 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt zukünftig das Open-Data-Portal des Bundes ‚govdata.de‘ oder ein anderes CKAN-kompatibles (CKAN = Comprehensive Knowledge Archive Network) Datenportal zu nutzen und dort maschinenlesbare offene Daten zur Verfügung zu stellen. Die Daten sind, soweit gesetzlich zulässig, unter der ‚Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 1.0‘ oder der Creative-Commons-Lizenz ‚CC-BY-SA‘ zu veröffentlichen.“

Begründung:

Die PIRATEN-Fraktion hatte im Frühjahr 2012 schon einmal einen Antrag (STV/0827/2012) zum Thema "Open Data" [1] gestellt. In diesem sollte der Magistrat beauftragt werden, dass dieser ein eigenes Open-Data-Portal einrichtet und dort offene Daten bereitstellt. Im Zuge der parlamentarischen Beratungen wurde der Antrag mit Mehrheit in einen Prüfantrag umgewandelt. In der Antwort des Magistrats vertrat dieser die Ansicht, dass ein Open-Data-Portal nur sinnvoll ist, wenn nicht nur die Daten zur Verfügung gestellt würden, sondern die Stadt Gießen diese auch attraktiv aufbereite. Aus diesem und sicherlich auch aus finanziellen Gründen (hier: Unterbesetzung des Amtes für

Informationstechnik) wurde auf eine Einrichtung eines eigenen Open-Data-Portals verzichtet.

Vor dem Hintergrund geänderter Rahmenbedingungen und zum Ausräumen von Missverständnissen bringt die PIRATEN-Fraktion noch mal einen Antrag zum Thema "Open Data" ein. Der neue Antrag verzichtet darauf, dass die Stadt selbst ein Open-Data-Portal betreiben soll, viel mehr soll das vom Bund zur Verfügung gestellte Datenportal "govdata.de" genutzt werden. Dieses wird vom Bundesinnenministerium betrieben und finanziert, und ermöglicht Kommunen kostenlos(!) dort Datenkataloge anzulegen. [2]

Der Magistrat geht in seiner Antwort davon aus, dass er für attraktive und interessante Darstellung der Daten sorgen muss. Dies entspricht allerdings nicht dem Gedanken und auch nicht der Praxis von solchen Open-Data-Portalen. Vielmehr ermöglicht ein zentrales Open-Data-Portal verschiedenen Personen, selbst Projekte mit den Daten zu starten. In Städten, wie Köln [3], Ulm, Freiburg, Berlin [4], Moers [5] etc., welche offene Daten zur Verfügung stellen, haben sich schnell Gemeinschaften (sog. Communities) aus verschiedenen Kreativen gebildet.

Eine Nachfrage nach solchen Daten lässt sich auch anhand der hohen Teilnehmerzahlen bei Programmierwettbewerben, welche durch den Bund oder der Europäische Union veranstaltet werden, nachweisen. Als Beispiel sei hier Apps4Deutschland genannt. [6]

Für eine detailliertere Darstellung, was offene Daten sind, wie „Open Data“ in den einzelnen Kommunen umgesetzt wird und was für Vorteile offene Daten gesellschaftlich haben, sei auf das in Anlage 1 befindliche gemeinsame Positionspapier des Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), der Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. (Vitako) verwiesen.

Christian Oechler
Fraktionsvorsitzender

Einzelnachweise:

[1] Wikipedia-Artikel zu Open Data
http://de.wikipedia.org/wiki/Open_Data

[2] FAQs der Webseite GOVDATA
<https://www.govdata.de/faq>

[3] Offene Daten Köln
<http://www.offenedaten-koeln.de/>

[4] Offene Daten Berlin
<http://daten.berlin.de>

[5] Offene Daten der Stadt Moers
<http://www.offenedaten.moers.de>

[6] Open-Data-Wettbewerb „Apps für Deutschland“
<http://apps4deutschland.de/>

Anlagen:

1. Open Data in Kommunen - Positionspapier des Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), der Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. (Vitako)